

Vorlage
für die Sitzung des Senats
am 05. August 2014

Zentrales Finanzcontrolling

Monatsbericht Januar - Juni 2014

A. Problem

Im Rahmen der periodischen Berichterstattung sind die Berichte des zentralen Finanzcontrollings in der Regel zum Halbjahr, zum Oktober sowie zum Jahresabschluss zu erstellen und dem Senat zur Kenntnisnahme und mit der Bitte um Genehmigung zur Weitergabe an den parlamentarischen Haushalts- und Finanzausschuss zuzuleiten.

B. Lösung

Die Senatorin für Finanzen legt im Folgenden den Monatsbericht Januar – Juni 2014 des Zentralen Finanzcontrollings vor. Der Bericht beruht auf der Ist-Entwicklung der ersten sechs Monate und beschreibt insbesondere die Perspektiven der bremischen Haushalte im Hinblick auf die Einhaltung des Sanierungspfades. Dargestellt sind in diesem Zusammenhang auch die in der Planwert-Abweichung ablesbaren Probleme im Bereich der Sozialleistungsausgaben. Mögliche weitere Risiken in der Haushaltsentwicklung, die im Rahmen des Produktgruppen-Controllings dargestellt werden, sowie die zur Einhaltung der Rahmenseetzungen zu beschließenden Gegensteuerungsmaßnahmen wirken sich in den Ist-Ergebnissen des ersten Halbjahres noch nicht aus und sind für Annahmen zum voraussichtlichen Jahresergebnis noch nicht berechenbar.

Die Kernaussagen des Berichts sind wie folgt zusammenzufassen:

- Der in der Außenwirkung maßgebliche Haushalt des Stadtstaates Bremen wird mit hoher Wahrscheinlichkeit auch in 2014 das strukturelle Defizit stärker begrenzen können, als es zur Einhaltung des Abbaupfades rein rechnerisch notwendig wäre.
- Beim Haushalt des Landes und der Stadtgemeinde Bremen, wiesen bis auf die Sozialleistungsausgaben, die zum Halbjahr 30 Mio. € über dem Planwert lagen, alle wesentlichen Einnahme- und Ausgabepositionen eine Verbesserung zum Planwert auf. Die steuerabhängigen Einnahmen trugen 65 Mio. €, die übrigen Einnahmen 23 Mio. €, die Personalausgaben 11 Mio. €, die Zinsausgaben 16 Mio. €, die übrigen konsumtiven Ausgaben 11 Mio. € und die Investitionen sogar 36 Mio. € zur zwischenzeitlichen Haushaltsverbesserung bei.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Aus dem vorliegenden Bericht des zentralen Finanzcontrollings ergeben sich weder unmittelbare finanzielle noch personalwirtschaftliche Auswirkungen. Die Geschlechterperspektive im Sinne des Gender Mainstreaming wird in dem Bericht nicht berührt.

E. Beteiligung und Abstimmung

Der Bericht wurde mit der Senatskanzlei abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Der Bericht ist für die Öffentlichkeitsarbeit geeignet und wird über das zentrale elektronische Informationsregister der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

G. Beschlussvorschlag

Der Senat nimmt den Monatsbericht Januar - Juni 2014 des zentralen Finanzcontrollings zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Finanzen, den Haushalts- und Finanzausschuss entsprechend zu informieren.



Controlling

Die Senatorin für Finanzen

Zentrales Finanzcontrolling

Monatsbericht Januar - Juni 2014

Impressum:

Die Senatorin für Finanzen
Presse & Öffentlichkeitsarbeit
Rudolf-Hilferding-Platz 1
28195 Bremen
Telefon: (0421) 361 4072
Fax: (0421) 496 4072
E-Mail: office@finanzen.bremen.de

Fachliche Informationen:

Referat 20
Marko Holzschneider
Telefon: (0421) 361 6052
E-Mail: marko.holzschneider@finanzen.bremen.de

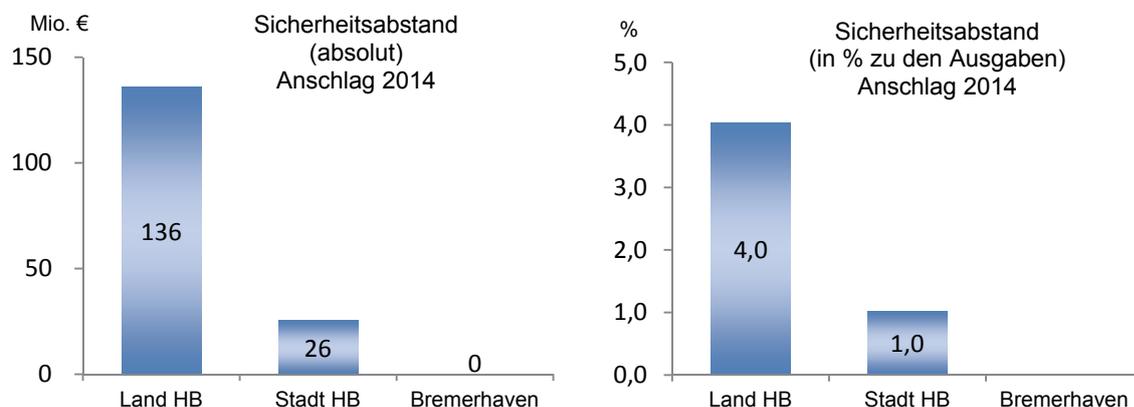
beschlossen vom Senat der Freien Hansestadt Bremen
am 05. August 2014

Entwicklung der bremischen Haushalte Einhaltung der Schuldengrenze Januar – Juni 2014

Konsolidierungspfad der bremischen Haushalte

Der **Anschlagswert 2014 des strukturellen Finanzierungssaldos** (maßgebliche Kennzahl für die Einhaltung des Konsolidierungspfades) weist für den Stadtstaat einen rechnerischen **Sicherheitsabstand** zum einzuhaltenden Jahreswert von **162 Mio. €** auf (vgl. Tab. Seite 6).

Zu beachten ist allerdings, dass dieser Sicherheitsabstand weit überproportional den Landeshaushalt (136 Mio. €) betrifft, für den die Einhaltung des Konsolidierungspfades 2014 als gesichert angesehen werden kann. Die Stadt Bremen weist hingegen nur einen veranschlagten Sicherheitsabstand von 26 Mio. € auf.



Dabei ist zu berücksichtigen, dass bei der Anschlagbildung eine Sonderzuführung der Bremer Verkehrsgesellschaft zunächst dem Land und nicht der Stadt zugerechnet wurde. Die notwendige Berichtigung findet im Vollzug statt und erhöht den Sicherheitsabstand der Stadt Bremen zu Lasten des Landeswertes noch rechnerisch um weitere 25 Mio. €. Die Stadt Bremerhaven muss hingegen den Haushaltsvollzug ohne veranschlagten Sicherheitsabstand bewältigen.

Zum Halbjahr 2014 verzeichnete der Haushalt des **Stadtstaates** Bremen eine **Unterschreitung** des jahresanteilig geplanten Defizits **um insgesamt 63 Mio. €**. Der veranschlagte Sicherheitsabstand des in der Außenwirkung maßgeblichen Haushalts hat sich nach sechs Monaten somit auf 225 Mio. € erhöht.

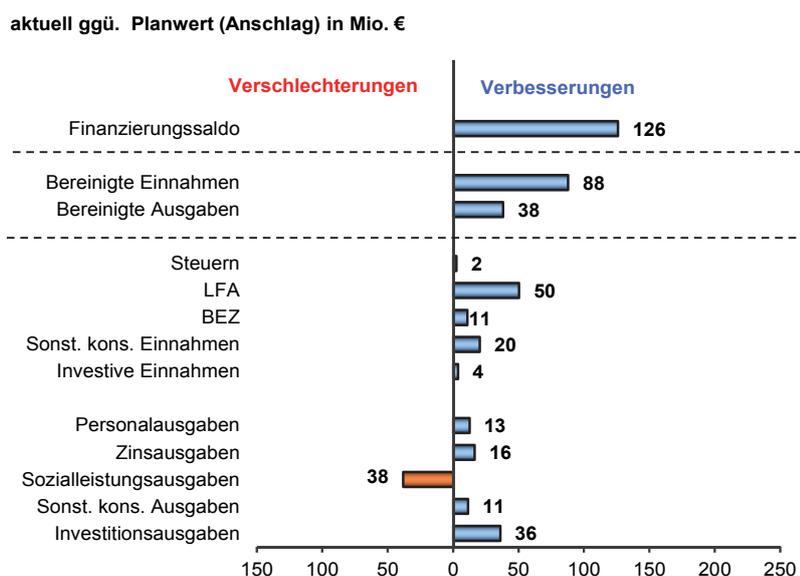
Beim Haushalt des **Landes und der Stadtgemeinde Bremen**, der unterjährig nicht in Landes- und Kommunalebene aufgeteilt werden kann, wiesen bis auf die Sozialleistungsausgaben, die zum Halbjahr 30 Mio. € über dem Planwert lagen, alle wesentlichen Einnahme- und Ausgabepositionen eine Verbesserung zum Planwert auf. Die nicht-steuerabhängigen Einnahmen trugen 23 Mio. €, die Personalausgaben 11 Mio. €, die Zinsausgaben 16 Mio. €, die übrigen konsumtiven Ausgaben 11 Mio. € und die Investitionen sogar 36 Mio. € zur zwischenzeitlichen Haushaltsverbesserung bei.

Bremerhaven verzeichnete hingegen nach sechs Monaten eine strukturelle Haushaltsverschlechterung von 3 Mio. €, die auf Sozialleistungs-Mehrausgaben von 6 Mio. € beruhen. Da die Seestadt einen Haushalt ohne Sicherheitsabstand aufgestellt hat, ist die **Einhaltung des Konsolidierungskurses 2014** aktuell als **stark gefährdet** einzuschätzen.

Die Kernhaushalte der bremischen Gebietskörperschaften verzeichneten nach sechs Monaten folgende Entwicklungen und Besonderheiten:

Stadtstaat Bremen

Als **besonders positiv** ist nach sechs Monaten die **Einnahmeentwicklung** des Stadtstaates anzusehen. Insgesamt erzielte der Stadtstaat über die Einnahmen eine Haushaltsverbesserung zum Vorjahr von fast 200 Mio. €. Dabei entfielen 75 Mio. € auf die originären Steuereinnahmen und 120 Mio. € auf den Finanzausgleich inklusive Bundesergänzungszuweisungen.



Über die Hälfte der bisher gegenüber dem Vorjahr erzielten Mehreinnahmen entsprachen dabei der erwarteten Entwicklung, immerhin 88 Mio. € wurden in den ersten sechs Monaten jedoch überplanmäßig eingenommen (vgl. vorstehende Abbildungen).

Bemerkenswert ist, dass sich die Gesamtheit der originären Steuereinnahmen – bei einem Volumen von 1,2 Mrd. € - zum Halbjahr exakt wie geplant entwickelten (+ 2 Mio. €). Der Finanzausgleich inklusive Bundesergänzungszuweisungen sorgte hingegen - vor allem aufgrund der Vorauszahlungen, die in diesem Jahr deutlich erhöht wurden, da es 2013 immer zu quartalsweisen Nachzahlungen kam, und einer Nachzahlung für das letzte Quartal 2013 in Höhe von 45 Mio. € - für 61 Mio. € nicht geplante Mehreinnahmen. Dabei ist zu beachten, dass die für den Konsolidierungskurs maßgeblichen steuerabhängigen Einnahmen (Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen) 2014 schon im Rahmen der Steuerschätzung im Mai 2013 festgeschrieben wurden und exakt die Höhe der strukturell bereinigten steuerabhängigen Einnahmen des Vorjahres aufweisen. Mehreinnahmen in diesem Bereich erhöhen somit zwar die Liquidität, führen jedoch nicht zu einer strukturellen Haushaltsverbesserung.

Die übrigen Einnahmepositionen – obwohl insgesamt auf Vorjahresniveau – führten zu weiteren überplanmäßigen Einnahmen von 24 Mio. €.

Die **Ausgaben** des Stadtstaates **konnten im Vorjahresvergleich nominal konstant** gehalten werden und wiesen damit eine Planwertunterschreitung von 38 Mio. € auf. Zu beachten ist dabei, dass alleine der – wahrscheinlich nur verzögerte – Mittelabfluss der Investitionen, dessen unterjähriger Verlauf kaum planbar ist, rechnerisch 95 % der Planwertunterschreitung der Gesamtausgaben erklärt. Auffällig ist zudem, dass die Sozialleistungsausgaben sowohl zum Vorjahr (+ 27 Mio. €) als auch zum Planwert (+ 38 Mio. €) die deutlichste Haushaltsverschlechterung aller Ausgabepositionen aufwiesen.

Die nachfolgenden Abbildungen zur Entwicklung der **haushaltsrelevanten Salden und Quoten** zeigen für den Stadtstaaten-Haushalt überwiegend positive Entwicklungen in den ersten sechs Monaten:

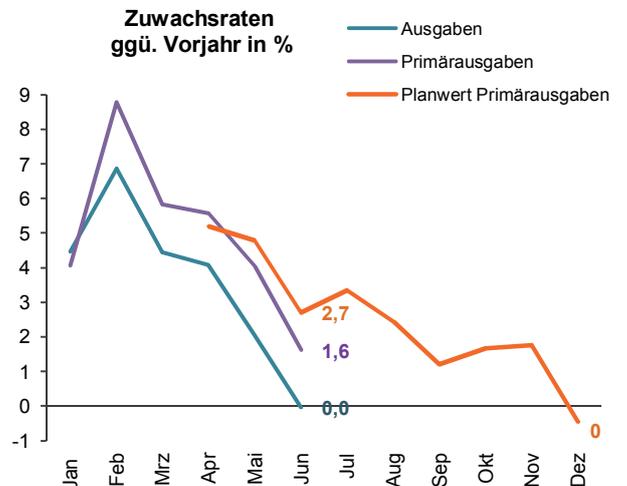
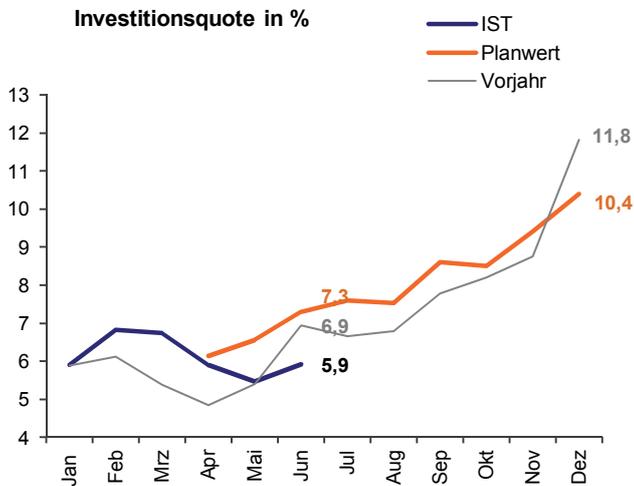
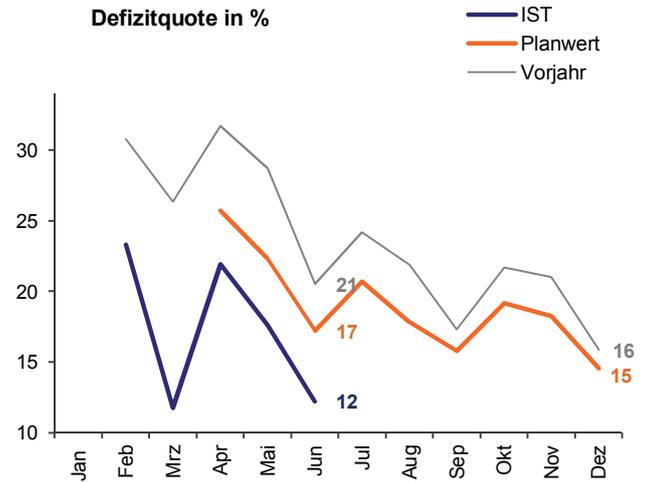
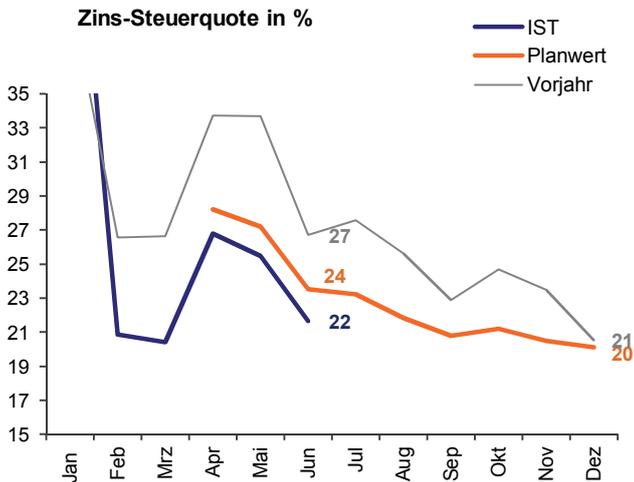
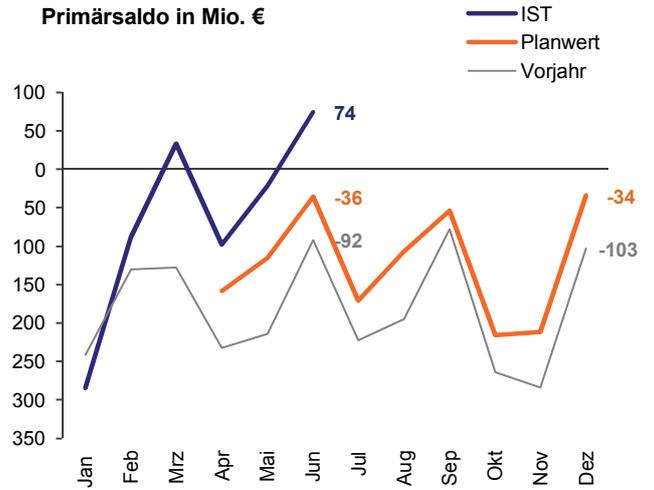
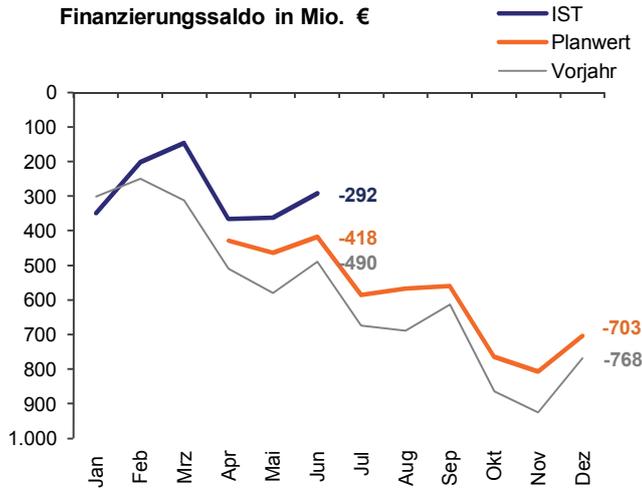
- Das **Finanzierungsdefizit** fiel in den bisherigen Monaten fast kontinuierlich niedriger als im Vorjahr aus. Gegenüber dem unterjährigen Planwert (Stand Juni: 418 Mio. €) ergibt sich zur Jahresmitte eine Verbesserung um rund 126 Mio. €.
- Nach Bereinigung um die Zinsbelastungen wies der **Primärsaldo** zum Halbjahr einen Überschuss von 74 Mio. € auf, wobei der Halbjahreswert dem Wert zum Jahresabschluss traditionell sehr nahe kommt. In den letzten 20 Jahren konnte zum Jahresende nur einmal (2008: + 200 Mio. €) ein Primärsaldenüberschuss erzielt werden. Die **Zins-Steuerquote**, die ausweist, in welchem Umfang steuerabhängige Einnahmen (Steuern, LFA und BEZ) nicht für Leistungsausgaben zur Verfügung stehen, betrug zum Halbjahr 22 %. Damit konnte der Wert des Vorjahres deutlich (+ 5,1 %-Punkte) und der Planwert um 1,9 %-Punkte unterschritten werden. Gemäß Veranschlagung ist eine Unterschreitung des Vorjahreswertes um 0,4 %-Punkte zu erwarten.
- Bei der Primärausgabenzuwachsrate, die in besonderem Maße als Eigenanstrengung Bremens zur Sanierung interpretiert wird, verzeichnete der Stadtstaat mit + 1,6 % einen um 1,1 %-Punkte besseren Wert als unterjährig zu diesem Zeitpunkt geplant.

Im **Ländervergleich** weicht Bremen gemäß einer ZDL-Aufbereitung der monatlichen Haushalts-Schnellmeldungen der Länder (SFK-1) insbesondere bei der Defizitentwicklung vom Länderdurchschnitt ab. Während die Ländergesamtheit ihre Haushaltsdefizite bis Ende Mai um 41 % gegenüber dem Vergleichs-Vorjahreswert erhöhte, wies Bremen nach sechs Monaten mit einem Defizit von 292 Mio. € ein um 41 % (ca. 200 Mio. €) niedrigeres Defizit als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres auf. Einschränkend ist dabei jedoch zu berücksichtigen, dass bei der Ländergesamtheit nur der Länderhaushalt (ohne Gemeindeebene) und für Bremen der Stadtstaat (einschließlich der Gemeindeebene) ausgewertet wird. Die Daten der Länder für Juni 2014 liegen zudem noch nicht vor und Einmal- bzw. Sondereffekte wie unterjährige Periodenverschiebungen wirken sich in Bremen aufgrund der relativen Kleinheit besonders stark aus.

Mit diesen Einschränkungen ergeben sich aktuell zum Vorjahresstand bei den einzelnen Haushaltspositionen im Vergleich folgende Werte:

- Die Steuereinnahmen stiegen in Bremen mit 6,5 % fast doppelt so stark wie bei der Ländergesamtheit (+ 3,6 %).
- Sowohl in Bremen (+ 0,4 %), als auch bundesweit (+ 0,1 %) gestaltete sich der Anstieg der sonstigen Einnahmen in der Summe unauffällig.
- Die Gesamtausgaben stiegen bei der Ländergesamtheit im Vorjahresvergleich um 4,0 %, in Bremen wurde das Ausgabenniveau konstant gehalten.
- Aufgrund der äußerst niedrigen Zinskonditionen konnte sowohl bundesweit, als auch in Bremen die Haushaltsbelastung über Zinsausgaben um 8,3 % reduziert werden.

Entwicklung der Salden, Quoten und Zuwachsraten



Kennzahl	L + G Bremen			Bremerhaven			Stadtstaat						nachrichtlich:		
	Januar - Juni			Januar - Juni			Januar - Juni						IST Vorjahr (14. Monat)	Anschlag 2014	
	IST 2014	Veränderung 2014 / 13	IST-Plan- Abweich.	IST 2014	Veränderung 2014 / 13	IST-Plan- Abweich.	IST 2014	Planwert		Vorjahr		Mio. Euro			%
								Jan. - Jun.	IST-Plan- Abweich.	Jan. - Jun.	Veränderung 2014 / 13				
Mio. Euro														Mio. Euro	
KERNHAUSHALT															
Steuerabhängige Einnahmen	1.638,9	+ 194	+ 65	93,1	+ 4	- 2	1.688,7	1.625,0	+ 64	1.492,8	+ 196	+ 13,1	3.237,3	3.331,2	
- Steuern	1.178,6	+ 74	+ 4	49,9	+ 2	- 2	1.228,4	1.226,0	+ 2	1.153,0	+ 75	+ 6,5	2.422,9	2.515,8	
- Länderfinanzausgleich (LFA)	328,2	+ 107	+ 50				328,2	277,9	+ 50	220,7	+ 107	+ 48,7	564,5	573,0	
- Bundesergänzungszuweis. (BEZ)	132,1	+ 13	+ 11				132,1	121,2	+ 11	119,1	+ 13	+ 10,9	249,8	242,3	
- Schlüsselzuweisungen				43,3	+ 3	+ 0									
Bereinigungsbeträge für Stadtstaatberechnung				(43,3)	+ 3	+ 0									
Sonstige konsumtive Einnahmen	342,7	- 2	+ 19	161,2	+ 11	+ 4	367,3	346,9	+ 20	369,6	- 2	- 0,6	743,2	710,0	
Bereinigungsbeträge für Stadtstaatberechnung	(1,8)	+ 0	+ 0	(134,7)	+ 11	+ 2									
Investive Einnahmen	44,3	+ 5	+ 4	6,6	- 4	- 0	40,8	37,0	+ 4	36,8	+ 4	+ 10,8	100,9	90,6	
- Vermögensveräußerungen	0,0	- 0	+ 0	0,0	- 0	+ 0	0,1	0,0	+ 0	0,2	- 0	- 72,8	0,4	0,0	
- Sonstige	44,3	+ 5	+ 4	6,5	- 4	- 0	40,7	37,0	+ 4	36,6	+ 4	+ 11,3	100,5	90,6	
Bereinigungsbeträge für Stadtstaatberechnung	(4,0)	+ 0	+ 0	(6,1)	- 4	- 0									
Bereinigte Einnahmen	2.025,9	+ 197	+ 88	260,9	+ 11	+ 2	2.096,8	2.009,0	+ 88	1.899,2	+ 198	+ 10,4	4.081,4	4.131,8	
Primäreinnahmen	2.025,8	+ 197	+ 88	260,9	+ 11	+ 2	2.096,7	2.009,0	+ 88	1.899,0	+ 198	+ 10,4	4.081,0	4.131,8	
Personalausgaben	596,5	+ 17	- 11	141,6	+ 4	- 2	738,0	750,6	- 13	717,0	+ 21	+ 2,9	1.439,7	1.492,6	
Sozialleistungsausgaben	442,6	+ 21	+ 30	98,6	+ 6	+ 6	500,8	467,0	+ 34	474,0	+ 27	+ 5,7	844,1	856,5	
Bereinigungsbeträge für Stadtstaatberechnung	(40,3)	+ 1	+ 2												
Sonstige konsumtive Ausgaben	745,0	+ 23	- 11	37,3	- 1	+ 1	642,8	654,2	- 11	634,1	+ 9	+ 1,4	1.327,6	1.313,3	
Bereinigungsbeträge für Stadtstaatberechnung	(137,6)	+ 13	+ 1	(1,8)	+ 0	+ 0									
Investitionsausgaben	130,3	- 30	- 36	21,0	+ 3	- 0	141,2	177,2	- 36	165,7	- 24	- 14,8	573,2	671,9	
Bereinigungsbeträge für Stadtstaatberechnung	(6,1)	- 2	- 0	(4,0)	+ 0	+ 0									
Zinsausgaben	339,4	- 33	- 16	26,1	- 0	- 1	365,6	382,0	- 16	398,6	- 33	- 8,3	665,0	669,3	
Bereingte Ausgaben	2.253,8	- 2	- 44	324,6	+ 12	+ 4	2.388,5	2.431,0	- 43	2.389,4	- 1	- 0,0	4.849,5	5.003,7	
Primärausgaben	1.914,3	+ 31	- 28	298,5	+ 12	+ 5	2.022,9	2.049,0	- 26	1.990,7	+ 32	+ 1,6	4.184,6	4.334,3	
Finanzierungssaldo	-227,9	+ 199	+ 132	-63,7	- 2	- 2	-291,6	-422,0	+ 130	-490,2	+ 199	+ 40,5	-768,2	-871,9	
Primärsaldo	112	+ 166	+ 117	-38	- 2	- 3	74	-40	+ 114	-92	+ 166		-104	-203	
Konsumtiver Primärsaldo	198	+ 131	+ 77	-23	+ 6	- 3	174	100	+ 74	37	+ 137	+ 367,2	369	379	
Konsumtiver Finanzierungssaldo	-142	+ 164	+ 93	-49	+ 6	- 2	-191	-282	+ 91	-361	+ 170	+ 47,1	-296	-291	
Investiver Finanzierungssaldo	-86	+ 35	+ 39	-14	- 8	+ 0	-100	-140	+ 40	-129	+ 28	+ 22,0	-472	-581	
Saldo der haushaltstechn. Verrechnungen	-0,3	- 0	- 0	0,0	+ 0	+ 0	-0,2	0,0	- 0	1,6	- 2		-0,2	0,0	
Finanzierungssaldo (inkl. Verrechn.)	-228,2	+ 198	+ 132	-63,7	- 2	- 2	-291,9	-422,0	+ 130	-488,6	+ 197	+ 40,3	-768,4	-871,9	
nachrichtl.: Nettokreditaufnahme (Kreditmarkt)	-554,0			-19,1			-573,0						466,3	576,7	
STRUKTURELLER HAUSHALT															
Finanzielle Transaktionen	16,9	+ 10	+ 3	0,7	+ 1	+ 1	17,5	14,1	+ 3	6,3	+ 11	+ 178,5	57,6	189,1	
Tilgungseinnahmen BKF	22,7	- 10	- 0	7,5	+ 3	- 4	30,2	34,2	- 4	36,7	- 6	- 17,7	89,9	68,7	
Bereinigung (Steuern, LFA und BEZ) 1)	-76,2	- 172	- 65	+ 1,1	- 6	+ 2	-75,1	-11,4	- 64	93,2	- 168		118,3	-23,3	
- periodengerechte Bereinigung 2)	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	-61,8	
- Konjunkturkomponente ex ante	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	38,6	
IST-Plan-Abweichung Schlüsselzuw. an Brhv	0,0	+ 0	+ 0												
Kleine Gemeindesteuern	8,1	+ 8	+ 0	2,3	+ 2	+ 1	10,4	9,2	+ 1	10,1	+ 0	+ 3,0		17,9	
Steuerrechtsänderungen														29,1	
Struktureller Finanzierungssaldo	-256,7	+ 35	+ 70	-52,0	- 2	- 3	-308,7	-375,9	+ 67	-342,3	+ 34	+ 9,8	-502,6	-590,4	
Saldo gemäß Konsolidierungspfad														-752,1	
Über-/Unterschreitung														161,7	

1) Unterjährige Planwertabweichung: Herausnahme der Kernhaushalts-Planwertabweichung der steuerabhängigen Einnahmen sowie jahresanteilige Aufteilung des Steuer-Bereinigungsbetrages
2) Anschlag: Differenz zwischen Regionalisierung (Anspruch) ggü. Anschlag (Erwartungen im Haushaltsjahr)

Land und Stadtgemeinde Bremen

Als zentrale Größe des Gesamthaushaltes des Stadtstaates wies auch der Kernhaushalt des Landes und der Stadtgemeinde Bremen nach sechs Monaten eine insgesamt positive Entwicklung auf. Das Finanzierungsdefizit lag mit 228 Mio. € deutlich unter dem entsprechenden Vorjahreswert (427 Mio. €) und dem am Anschlag orientierten unterjährigen Planwert (360 Mio. €).

Im Einzelnen ergibt sich für die Einnahme- und Ausgabepositionen der Haushalte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen zum Halbjahr folgendes Bild:

Die Entwicklung der **originären Steuereinnahmen** verlief in der Summe fast durchgängig plangemäß. Dies führte nach sechs Monaten zu Mehreinnahmen von 74 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (+ 6,7 %). Zu beachten ist dabei, dass diese Mehreinnahmen für eine Einschätzung zum Jahresende nicht hochgerechnet werden können. Falls die Entwicklung weiter plangemäß verläuft, würden die Mehreinnahmen zum Jahresabschluss – bei einer Zuwachsrate von rund 3,6 % - ca. 80 Mio. € betragen.

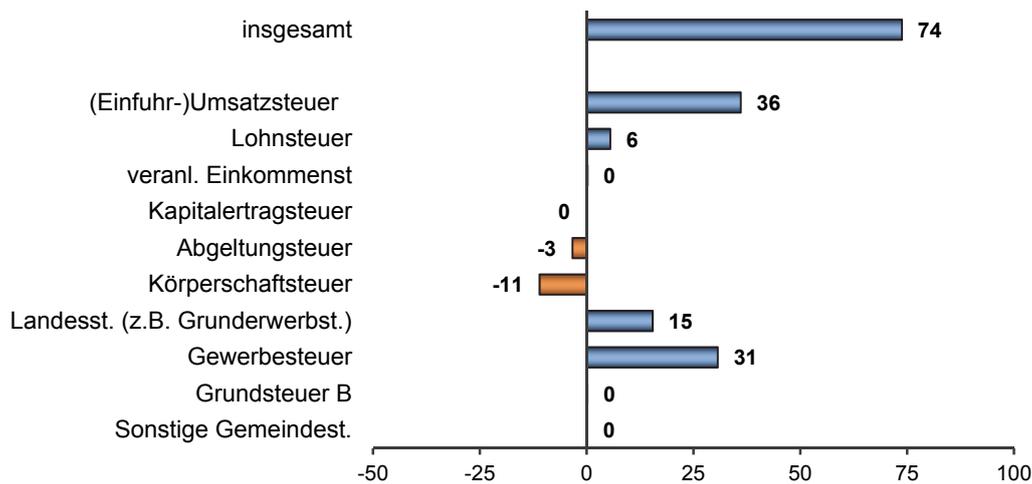
Die einzelnen Steuerarten entwickelten sich dabei jedoch sehr unterschiedlich:

- Die unterjährig hohen Schwankungen unterworfenen und nur sehr bedingt interpretierbare **Umsatzsteuer** verzeichnete mit einer exakt plangemäßen Entwicklung den höchsten Zuwachs zum Vorjahr (+ 36 Mio. €). Nach vorläufiger Abrechnung des Finanzausgleichs stehen Bremen zudem für das 2. Quartal 2014 noch ca. 40 Mio. € Umsatzsteuer zu, die erst Mitte September kassenwirksam werden.
- Den zweithöchsten Zuwachs verzeichnete die **Gewerbsteuer** (+ 31 Mio. €), die zudem mit + 27 Mio. € die höchste Planwertüberschreitung aufwies. Damit konnte der über die Anhebung der Gewerbesteuerhebesätze in den beiden bremischen Städten prognostizierte Bruttojahreseffekt (16,6 Mio. €) rechnerisch zwar schon nach sechs Monaten übertroffen werden, tatsächlich betraf ein Großteil der Verbesserungen gegenüber dem Vorjahr jedoch Nachzahlungen für Vorjahre (+ 28 Mio. €).
- Einen weiteren exakt plangemäßen Zuwachs wiesen die reinen **Landessteuern** auf (+ 15 Mio. €), die insbesondere durch die Entwicklung der **Grunderwerbsteuer** (+ 13 Mio. €) geprägt wurden. Auch hier konnte der über die Hebesatzerhöhung um

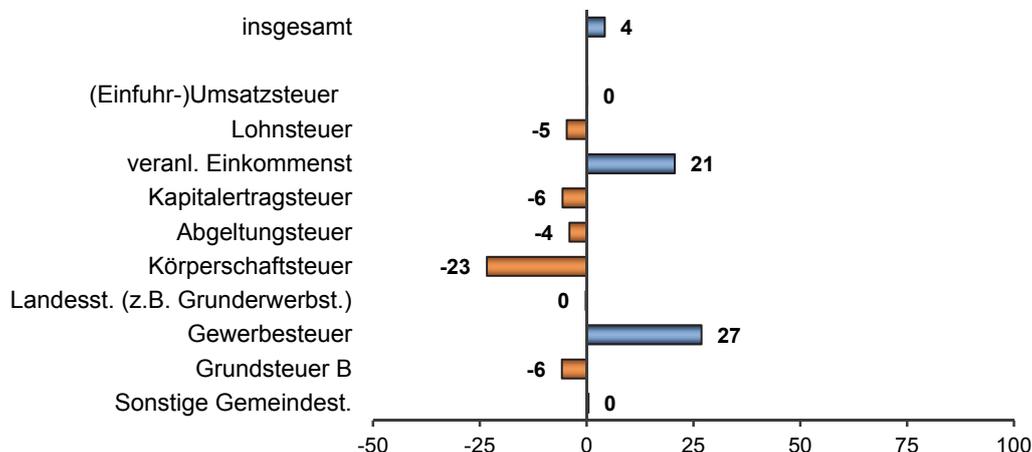
0,5 %-Punkte berechnete Jahreseffekt von 8,1 Mio. € rechnerisch schon zum Halbjahr übertroffen werden.

- Den einzig relevanten Rückgang zum Vorjahreszeitraum wies die **Körperschaftsteuer** auf (- 11 Mio. €), bei der zum Halbjahr eigentlich ein Zuwachs von 12 Mio. € geplant war. Da die unterjährige Verteilung der Körperschaftsteuer in den letzten Jahren jedoch höchst unterschiedlich verlief, lässt die aktuelle Vorjahres- und Planwertunterschreitung noch keine verlässliche Aussage über den weiteren Jahresverlauf zu. So wurden im letzten Jahr nach sechs Monaten schon fast 90 % der Jahreseinnahmen dieser Steuer kassenwirksam, ein Jahr zuvor waren es nicht einmal 50 %.
- Zudem ist erwähnenswert, dass die Einnahmen aus der **Einkommensteuer** zwar exakt auf Vorjahresniveau lagen, damit aber weit überplanmäßig (+ 21 Mio. €) verliefen, da zum Zeitpunkt der Veranschlagung davon ausgegangen wurde, dass der hohe Vorjahreswert im Berichtsjahr nicht erreicht werden könne.

Steuereinnahmen ggü. Vorjahr in Mio. €



Steuereinnahmen ggü. Planwert in Mio. €

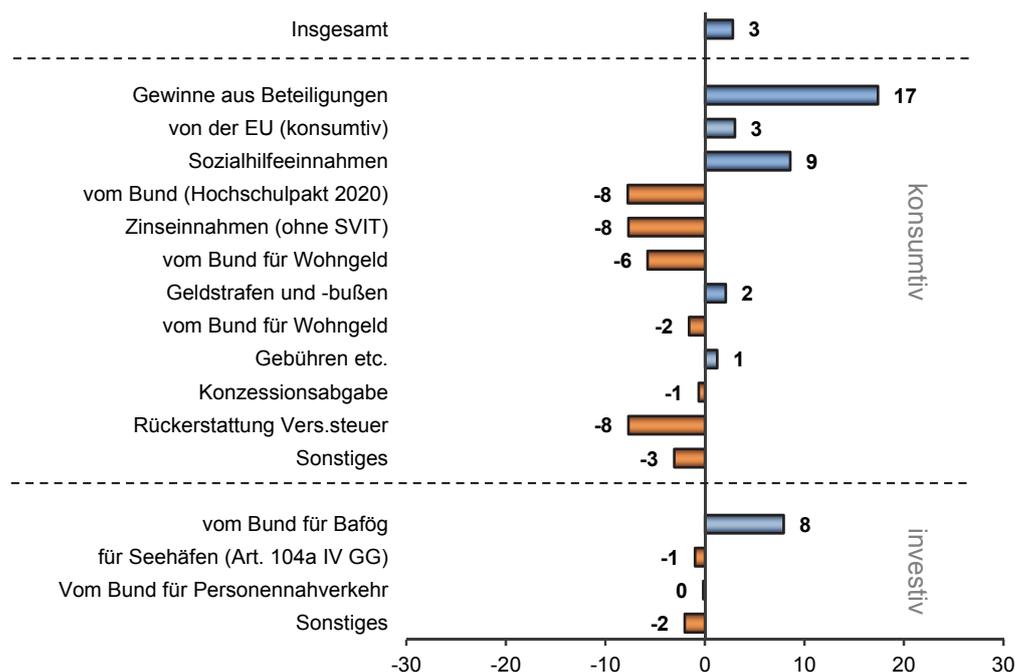


Zudem gab es bei den **Einnahmen aus dem Finanzausgleich** (inkl. Bundesergänzungszuweisungen) einen Zuwachs von 120 Mio. € zum Vorjahresstand. Die Hälfte dieser Mehreinnahmen waren dabei überplanmäßig, wobei der Einfluss der für die einzelnen Quartale erst rückwirkenden - und somit periodenfremden - Abrechnungen des Finanzausgleichs beachtet werden muss. So wurden aufgrund der Abrechnung des 4. Quartals 2013 im März des Berichtsjahres 45 Mio. € vereinnahmt, die dem Vorjahr zugeschrieben werden müssen. Andererseits stehen Bremen laut vorläufiger Abrechnung des 2. Quartals 2013 noch ca. 30 Mio. € Finanzausgleichszahlungen zu, die erst im September kassenwirksam werden.

Die **sonstigen, nicht-steuerabhängigen Einnahmen** (konsumtiv und investiv) lagen zum Halbjahr in etwa auf dem hohen Niveau des Vorjahres (+ 3 Mio. €), wobei sich im Einzelnen einige größere Veränderungspositionen zum Vorjahr ergaben, die auch zu höheren Ausgaben führten bzw. mit diesen in Verbindung standen (vgl. Seite 11/12):

- Die hohen Gewinne aus Beteiligungen (+ 17 Mio. €) beinhalteten im Wesentlichen einen Sondereffekt im Rahmen der Umwandlung der stillen Einlage bei der Bremer Landesbank und führten zu höheren Zuschüssen an die Bremer Verkehrsgesellschaft (+ 8 Mio. €).
- Die höheren Sozialhilfeeinnahmen von 9 Mio. € korrespondierten mit Sozialhilfemehrausgaben von 21 Mio. €.
- Beim BAföG-Darlehen wurden bis zum Vorjahr die Einnahmen und Ausgaben direkt im Sonderhaushalt BAföG gebucht, im Kernhaushalt lief nur der Nettzuschuss. Mit der Haushaltsaufstellung 2014 wurde der Sonderhaushalt BAföG aufgelöst und alle Einnahmen und Ausgaben im Kernhaushalt brutto dargestellt. Es kommt daher in diesem Jahr zu Mehreinnahmen und Mehrausgaben im Kernhaushalt, die insgesamt saldenneutral sind.

Sonstige Einnahmen ggü. Vorjahr in Mio. €



Trotz ausgabenrelevanter Mehreinnahmen konnten die **Gesamtausgaben** des Landes und der Stadtgemeinde Bremen nach sechs Monaten im Berichtsjahr nominal auf Vorjahresniveau und somit 44 Mio. € unter dem jahresanteiligen Planwert gehalten werden. Die nachfolgende Grafik zeigt, dass dabei im Jahresverlauf noch große Bewegungen insbesondere im Vorjahresvergleich stattgefunden haben, so dass die Momentaufnahme zum Halbjahr noch keine Hochrechnung zum Jahresabschluss zulässt.

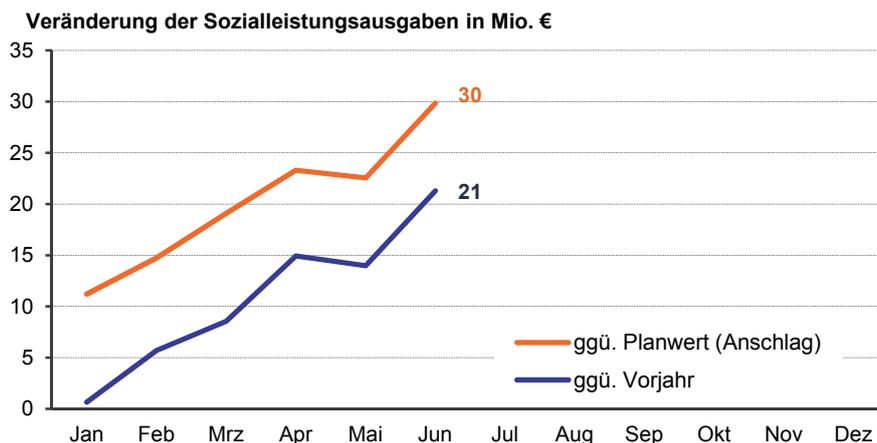
Die einzelnen Ausgabearten entwickelten sich dabei unterschiedlich. Trotz des weiter steigenden Schuldenstandes konnte aufgrund der günstigen Zinskonditionen ein Rückgang der **Zinsausgaben** um fast 9 % bzw. 33 Mio. € erreicht werden. Dieser Rückgang fällt doppelt so hoch wie zu diesem Zeitpunkt geplant aus. Zum Jahresende wurde bei Anschlagsbildung von im Vorjahresvergleich konstanten Zinsausgaben ausgegangen. Zum jetzigen Zeitpunkt kann davon ausgegangen werden, dass zumindest die aktuell erreichte Planwertunterschreitung auch zum Jahresende realisiert wird.

Auch bei den **Primärausgaben** verzeichnete der Haushalt des Landes und der Stadtgemeinde Bremen in der Summe eine unterplanmäßige Ausgaben-Entwicklung (- 28 Mio. €), zum Vorjahresstand bedeutet dies allerdings Mehrausgaben von 31 Mio. €.

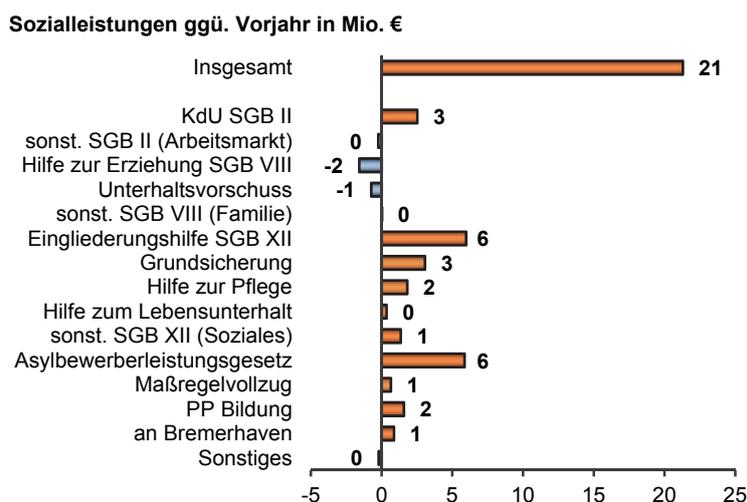
Auffällig ist, dass bis auf die Sozialleistungsausgaben alle Ausgabenaggregate an der Planwertunterschreitung beteiligt sind, wobei die **Investitionsausgaben** mit - 36 Mio. € die höchste Verbesserung zum Planwert und mit - 30 Mio. € den höchsten Rückgang zum Vorjahr aufwiesen. Diese unterjährige Haushaltsverbesserung hat jedoch noch wenig Aussagekraft für das Jahresergebnis, da aktuell weiterhin davon auszugehen ist, dass bis zum Jahresende die Investitionsmittel wie veranschlagt abfließen werden.

Während weitere Haushaltsrisiken im bisherigen Vollzug der Haushalte noch nicht ablesbar sind, zeichnen sich bereits erhebliche Probleme bei den **Sozialleistungsausgaben** ab:

Wie die nachfolgende Abbildung dokumentiert, führte im bisherigen Jahresverlauf eine relativ konstante monatliche Planwertüberschreitung zu einer Gesamtüberschreitung nach sechs Monaten von 30 Mio. €. Auch für die weiteren Monate bis November wird keine große Veränderung zur bisherigen Entwicklung prognostiziert. Im Dezember ist bei der Planwertbildung jedoch die global veranschlagte Risikovorsorge (10 Mio. €) berücksichtigt, so dass zum Jahresende bei den Sozialleistungsausgaben aktuell von einer Überschreitung des Anschlagwertes um ca. 38 Mio. € ausgegangen wird.



Dem gegenüber stehen nach sechs Monaten überplanmäßige Sozialleistungseinnahmen von 3,2 Mio. €. Zum Jahresende werden Einnahmen erwartet, die um 5,8 Mio. € über dem Anschlag liegen. Zum Vorjahr führte die bisherige Entwicklung zu folgendem Bild bei den einzelnen Sozialleistungsarten, wobei die Zahlungen des Landes an Bremerhaven zu einem Aggregat zusammengeführt wurden:



In absoluten Beträgen wiesen die Eingliederungshilfe und die Ausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zum Halbjahr den höchsten Zuwachs zum Vorjahr auf (jeweils + 6 Mio. €). Die Ausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz verzeichneten zudem mit + 41 % auch die höchste prozentuale Vorjahresveränderung. .

Der große Bereich der **sonstigen konsumtiven Ausgaben** (konsumtive Ausgaben ohne Zins-, Personal- und Sozialleistungsausgaben) wies zum Halbjahr eine Zuwachsrate von 3,1 % auf (+ 23 Mio. €). Damit konnte der entsprechende Planwert noch um 11 Mio. € unterschritten werden. Bei den Positionen, die deutliche Mehrausgaben gegenüber dem Vorjahresstand verzeichneten, ist zudem Folgendes zu beachten:

- Die **Zahlungen an Bremerhaven** verursachten mit + 12 Mio. € die höchste Differenz zum Vorjahr. Dabei handelt es sich um die vereinbarten Strukturhilfen zur Einhaltung des Sanierungskurses (+ 3,3 Mio. €), um Landes- und weitergeleitete Bundesmittel zum U3-Ausbau (+ 3,5 Mio. €), um Kostenerstattungen für Schulpersonal (+ 3 Mio. €)

sowie um höhere Schlüsselzuweisungen (+ 2,5 Mio. €) aufgrund der positiven Entwicklung der steuerabhängigen Einnahmen des Landes.

- Die 8 Mio. € Mehrausgaben beim **Verlustausgleich** der Bremer Verkehrsgesellschaft (BVG) resultieren aus der Umwandlung der stillen Einlage bei der Bremer Landesbank. Sie korrespondierten mit den schon aufgeführten Mehreinnahmen aus wirtschaftlicher Beteiligung. In den nächsten Jahren werden höhere Zinseinnahmen von der Bremer Landesbank bei der BVG den Verlustausgleich aus dem Kernhaushalt wieder verringern.
- **Tilgungsausgaben** von Wohnungsbaudarlehen an den Bund gelten als Finanzielle Transaktionen und belasten nicht den strukturellen Saldo bzw. den Konsolidierungskurs (+ 6 Mio. € gegenüber Vorjahr)
- Die Zuführung zur **Anstalt für Versorgungsvorsorge** (+ 5 Mio. €) ist im Berichtsjahr früher als im Vorjahr (Buchung im September) vorgenommen worden.
- Bei der **abzuführenden Umsatzsteuer** (+ 4 Mio. €) kommt es grundsätzlich nur unterjährig zu Verzerrungen. Das IST zum Jahresende wird wie der Anschlag Null betragen.